

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 9

Artikel: Friedensbewegung 1985 : eine Standortbestimmung aus der BRD
Autor: Henze, Arnd
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143211>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Friedensbewegung 1985

Eine Standortbestimmung aus der BRD

Das Bild der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit ist geprägt vom starren Blick der Medien auf spektakuläre Aktionen und Quantitäten bei Grossdemonstrationen und Menschenketten. So entsteht ein Zerrbild, das mit der vielschichtigen Wirklichkeit in der Friedensbewegung herzlich wenig zu tun hat. Darum sollen am Anfang meiner Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Friedensdiskussion einige Mosaiksteinchen stehen, die repräsentativ sind für erkennbare Tendenzen.

Mosaiksteinchen der gegenwärtigen Friedensdiskussion

1. *Beispiel:* Im April treffen sich in Lübeck Vertreter von CVJM-Gruppen aus Norddeutschland zur Gründung eines CVJM-Friedensnetzes. 40 Teilnehmer wurden erwartet, 72 sind gekommen. Das Wochenende dient einem intensiven Austausch von Erfahrungen und Ideen, wie die Friedensarbeit in diesem traditionell konservativen Jugendverband wirksam werden kann. Das wäre vor zwei Jahren noch undenkbar gewesen.

2. *Beispiel:* Ende Mai beschliesst die Kirchenkreis-Synode Oberhausen nach ausführlicher Diskussion eine Erklärung, in der zum Widerstand gegen Massenvernichtungsmittel und Kriegsvorbereitungen aufgerufen wird. Die Synode, das wichtigste Entscheidungsgremium in der rheinischen Kirchenverfassung, benennt die Kriegsdienstverweigerung «als die heute notwendige Entscheidung» und ruft auch Ärzte, Architekten, Juristen und andere Berufsgruppen zur Verweigerung auf. Die Synode kündigt darüber

hinaus an, dass sich der Kirchenkreis an Friedensdemonstrationen beteiligen wird.

3. *Beispiel:* Seit mehreren Jahren findet in Göttingen alle vierzehn Tage eine Informationsveranstaltung der «Göttinger Bürger für Frieden und Abrüstung» statt, zu der regelmässig zwischen 50 und 150 Besucher kommen. Die Auseinandersetzung mit «grosser Politik» verbindet sich mit hartnäckigem Protest gegen lokale Militarisierung: die Erweiterung des Standortübungsplatzes «Kerstlingeröder Feld» mitten in einem Landschaftsschutzgebiet. Als mehrere tausend Laubbäume abgeholzt werden, entsteht wenig später auf der neuen Panzerstrasse über Nacht eine schlichte, aber stabile Holzkirche, die über viele Wochen zum Treffpunkt Hunderter von Friedensfreunden und Umweltschützern wird. Ehe die Staatsgewalt die Kirche zerstört, wird sie an Himmelfahrt nach einem grossen Festgottesdienst freiwillig abgebaut und nach Wackersdorf «verliehen», wo sie jetzt den Widerstand gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage für Atombrennstäbe unterstützt.

4. *Beispiel:* Die Friedenskundgebung auf dem Düsseldorfer Kirchentag entwickelt sich zum grandiosen Flop. Während das Friedensthema im offiziellen Kirchentagsprogramm noch breiter als 1983 in Hannover vertreten ist, während die Zustimmung der Teilnehmer zum «Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungsmitteln» seit Hannover unübersehbar gewachsen ist, verlieren sich bei der Friedenskundgebung der Kampagne 15000 Unentwegte im strömen-

den Regen. Nach den missglückten Grossaktionen im vergangenen Herbst und dem Teilnehmerrückgang bei den diesjährigen Ostermärschen war die Kundgebung in Düsseldorf sicher der absolute Tiefpunkt.

5. *Beispiel:* 350 bedeutende Naturwissenschaftler aus der Bundesrepublik warnen Mitte Juni in einem gemeinsamen Aufruf vor der Militarisierung des Weltalls und verweigern öffentlich ihre Mitarbeit an den Forschungsarbeiten für das SDI-Programm.

6. *Beispiel:* Ebenfalls Mitte Juni treffen sich in Köln rund 1000 Vertreter von Friedensorganisationen zu einem «Grossen Ratschlag». Nach ausführlichen inhaltlichen Debatten wird ein Aufruf zu einer bundesweiten Informationswoche für den 11.–16. November beschlossen. Die Zusammensetzung in Köln bleibt ebenso wie bei früheren Aktionskonferenzen unrepräsentativ: Vertreter kleiner und lokaler Friedensgruppen sind kaum dabei, lokale Arbeitsformen und Aktionsbeispiele spielen auf der Konferenz fast keine Rolle.

7. *Beispiel:* Einen «Kleinen Ratschlag» veranstalten einen Monat später die Nienburger Friedensgruppen. Zum 40. Jahrestag der ersten Zündung einer Test-Atombombe treffen sie sich am Nachmittag zunächst in der Fussgängerzone zu einem Schweigekreis, anschliessend informieren sich die rund 40 Vertreter aus 15 Gruppen wechselseitig über ihre Arbeit. Verabredungen und Pläne für gemeinsame Aktionen entstehen nicht aus abstrakten Überlegungen, sondern aus alltäglichen Erfahrungen, wie man in einer konservativen Provinz mit den Leuten in Kontakt kommt. Am Abend zeigen die Friedensgruppen Dias über Hiroshima, eine ältere Lehrerin hält vor immerhin 70 Besuchern ein Referat über die Hintergründe des Atombombenabwurfs, und am Schluss werden Unterschriften für einen atomwaffenfreien Landkreis gesammelt, denn in der Nach-

barschaft von Nienburg liegt ein grosses Atomwaffenlager.

Diese kleine Auswahl von Beispielen zeigt, wie haltlos alle oft hämischen «Nachrufe» sind, die seit dem Herbst 1983 zum Ritual konservativer Medien gehören. Die Beispiele zeigen aber auch, wo eindeutig die Stärke der Friedensbewegung liegt: in der stabilen lokalen und berufsbezogenen Verankerung, die ein Erfolg der intensiven Kleinarbeit in den Friedenswochen der Jahre 1980 und 1981 ist. Die entscheidenden Veränderungen der politischen Landschaft in der Bundesrepublik haben zu einem Zeitpunkt stattgefunden, als die Friedensbewegung von Medien und Parteien (gerade auch von der SPD) noch arrogant ignoriert wurde. Die Grossdemonstrationen, Menschenketten und Volksversammlungen sind ein *Ausdruck* dieser unspektakulären politischen Veränderungen, sie haben erst in zweiter Linie selbst verändernd auf Parteien, Medien, Gewerkschaften und Kirchen gewirkt.

Die Friedensbewegung schadet sich deshalb selber, wenn sie sich in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung den Medienerwartungen beugt und fast entschuldigend zu erklären versucht, warum spektakuläre Grossaktionen in diesem (und wahrscheinlich auch im nächsten) Jahr nicht stattfinden werden. Die Friedensbewegung kann vielmehr überzeugend deutlich machen, dass sie in der gegenwärtigen Phase ausschliesslich als Summe vieler tausend lokaler und berufsbezogener Aktivitäten existiert und dass sie eben darin ein dauerhafter politischer Faktor bleibt, aus dem mittelfristig auch wieder die Kraft zu zentralen Aktionen erwachsen wird.

Stärkere Betonung dezentraler Strukturen

Eine Stärkung dezentraler Strukturen in der Friedensbewegung käme auch der Strategiediskussion zugute. Die abstrakte Diskussion, ob die Ablehnung von SDI ein neuer Minimalkonsens werden

könne, erledigte sich in der Praxis von selbst, weil sich die grosse Mehrzahl der lokalen Gruppen auf eine solche Eingrenzung ihrer Arbeit schlicht nicht einliesse. Zu Recht, denn um der Verhinderung von SDI willen darf die Friedensbewegung nicht zum Anwalt der «guten alten Abschreckung» werden. Die Vielfalt von Themen und Aktionsformen kann vielmehr dann zum Reichtum der Friedensbewegung werden, wenn alles Handeln als Baustein zur Überwindung des Abschreckungssystems begriffen und nutzbar gemacht wird. Gerade indem sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ganz auf ihren Verantwortungsbereich konzentrieren – ohne sich dabei von anderen abzugrenzen – nützen sie allen:

– Die Kompetenz der Naturwissenschaftler in der Ablehnung von SDI wird wirksam, wenn sie kritisches Potential im Kollegenkreis sind *und* sich in verständlicher Form öffentlich Gehör verschaffen. Im Raum Göttingen ziehen Professoren übers Land, um in Dorfgasthäusern und Kirchengemeinden zu informieren. Ähnliches leisten die Ärzte-Initiativen zum Thema Kriegsmedizin.

– Sozialdemokraten werden wirksam, wenn sie die weitgehend eingeschlafene Diskussion in den Ortsvereinen und Unterbezirken neu beleben und auf eine Klärung der erheblichen Widersprüche in den sicherheitspolitischen Orientierungen in der SPD drängen.

– Christliche Gruppen werden wirksam, wenn sie in ihren Gemeinden darauf drängen, dass aus den friedensethischen Einsichten der letzten Jahre («Abschreckung widerspricht dem Geist Christi», EKD-Synode 1983) praktische Konsequenzen, z.B. in der Frage der Kriegsdienstverweigerung, gezogen werden. Die Voten der verschiedenen Kirchenvorstände und Kreissynoden zu diesem Thema haben sich gegenseitig beeinflusst und sind zugleich eine Anregung für andere Gemeinden, sich mit dieser Thematik zu befassen.

– Gewerkschaftliche Gruppen können mithelfen, die künstliche und in ihrer Wirkung verheerende Trennung zwischen Friedensproblematik und Sozialabbau/Arbeitslosigkeit endlich zu überwinden. Die sozialen Kosten der Rüstung sind ein zentrales Argument z.B. gegen den Bundeswehrplan 1985–1997 mit seinem gigantischen Volumen von mindestens 240 Milliarden DM.

Eine sinnvolle Strategiediskussion und Konsensbildung erfolgt also durch die Kommunikation auf drei verschiedenen Ebenen:

1. Eine Vernetzung zwischen Gruppen, die an gleicher Thematik arbeiten. Dafür ist ein Minimum an Institutionalisierung ausreichend.

2. Ein intensiver Kontakt zwischen Gruppen, die in einer Stadt oder einer Region in verschiedenen Bereichen arbeiten, um sich gegenseitig Hilfestellungen zu geben und um projektbezogen zusammenzuarbeiten. In vielen Gegenden haben sich Friedensbüros zu einer wichtigen Anlaufstelle und Informationsbörse entwickelt.

3. Eine überregionale oder bundesweite Koordination sollte so zusammengesetzt sein, dass nicht in erster Linie der politische Proporz entscheidend ist, sondern dass darin die tatsächlichen Arbeitsbereiche der Friedensbewegung miteinander in Kontakt kommen. In Beratungen und Beschlüssen des Koordinationsausschusses, bei Aktionskonferenzen und in überregionalen Rundbriefen muss sich deshalb widerspiegeln, was in der Friedensbewegung verankert *ist* und nicht, was verankert werden *soll*. Überregionale Kommunikation ist deshalb nicht in erster Linie Forum für Grossorganisationen, sondern eine Plattform zur Darstellung exemplarischer Aktionsformen und von erprobten Modellen friedenspolitischer Bildungsarbeit in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen.

In einem solchen von unten nach oben wachsenden Kommunikationsprozess würde sich der Zeitpunkt herausbilden,

wann wieder eine überregionale Grossaktion sinnvoll ist: Dann nämlich, wenn wirklich in der ganzen Breite der lokalen und themenbezogenen Arbeit darüber Konsens besteht, dass eine solche Aktion ein notwendiger politischer Schritt ist *und* wenn dafür eine Aktionsform gefunden wird, die kreativ genug ist, um nicht als schlechter Aufguss früherer Grossdemonstrationen zu wirken. Denn ebenso wichtig wie die Aussenwirkung einer Veranstaltung ist es, dass die Teilnehmer mit dem Gefühl nach Hause fahren, Impulse und Ermutigung für die Weiterarbeit bekommen zu haben.

Gerade die Binnenwirkung von Aktionen bei ihren Teilnehmern und deren Bekanntenkreis kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Denn die Enttäuschungen seit dem November 1983, dem Beginn der Raketenstationierung, sitzen immer noch tief. Besonders bei vielen Jugendlichen, die zwischen 1981 und 1983 prägende politische Erfahrungen erlebt haben, ist das Vertrauen in die demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten fundamental zerstört worden. Die Parole der Bundesregierung nach den grossen Volksversammlungen am 22. Oktober 1983 «Die demonstrieren, wir regieren» hat bei vielen Menschen zu einer nachhaltigen Entfremdung gegenüber den Formen politischer Willensbildung in diesem Lande geführt. Über sinkende Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen mag sich mancher Ordnungspolitiker kurzfristig freuen, in Wirklichkeit aber ist diese Entwicklung für die Demokratie insgesamt verheerend. Weder die Parteien, noch die grossen gesellschaftlichen Organisationen besitzen gegenwärtig die Glaubwürdigkeit und die Integrationskraft, dem entgegenzuwirken. Mit der Beharrlichkeit, Phantasie und Überzeugungskraft basisbezogener Arbeit kann die Friedensbewegung hier stellvertretend eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft wahrnehmen.

Die falsche Fixierung auf ein rot-grünes Bündnis

Mit der stärkeren Betonung dezentraler Strukturen der Friedensbewegung kann sie sich auch den Vereinnahmungsversuchen durch Parteien wirksamer entziehen. Teile der Friedensbewegung setzen grosse Hoffnung auf ein mögliches rot-grünes Bündnis nach der Bundestagswahl 1987. Entscheidend ist aber nicht, *wer* mit friedensbewegten Parolen 1987 an die Regierung kommt, sondern *welches* die *Inhalte* einer neuen Sicherheitspolitik sind. Bei SPD und Grünen sind die Konturen dafür gleichermassen noch sehr unscharf und zum Teil widersprüchlich.

Gegenüber der SPD wird die Friedensbewegung vor allem an drei Punkten äusserst wachsam zu sein haben:

1. Willy Brandt hat auf dem Bremer Landesparteitag der SPD von der Aufgabe gesprochen, die Pershing II «wegzuverhandeln». Ich sehe darin ein Indiz dafür, dass die falsche Fixierung der sozialliberalen Regierung auf die Genfer INF-Verhandlungen in der SPD immer noch nicht konsequent ausgewertet worden ist und die Gefahr besteht, dass eine sozialdemokratisch geprägte Regierung – zumal unter einem Kanzler Rau – sich erneut Illusionen über die gegenwärtige Rüstungskontrollpolitik hingeben wird.
2. Die kritiklose Zustimmung zum Hochtechnologieprogramm «Eureka» und der Irrglaube, «Eureka» habe keine militärische Komponente, sowie das Liebäugeln in einflussreichen SPD-Kreisen mit der Westeuropäischen Union belegen die Gefahr, dass die SPD teils gewollt, teils ungewollt bereit wäre, am Aufbau eines neuen militärischen Faktors West-Europa mitzuwirken.
3. Trotz des SPD-Parteitagebeschlusses von 1984 gibt es in der SPD immer noch kein klares Nein zur konventionellen Aufrüstung, z.B. zur Bundeswehrplanung 1985–97. So haben die SPD-Vertreter im Verteidigungsausschuss der Be- willigung von 120 Millionen DM für die

Konzeptionsphase eines Jagdflugzeuges der 90er Jahre ausdrücklich zugestimmt.

Das Nein zu neuen Atomraketen und zu SDI allein qualifiziert die SPD noch lange nicht als Hoffnungsträger der Friedensbewegung.

Auch die Grünen werden sicherheitspolitisch nur wirksam werden, wenn sie an präzisen Sachpunkten eine Klärung bei der SPD erzwingen. Das wird ihnen nicht gelingen, wenn sie den notwendigen Dissens in den oben genannten Punkten verlagern auf einen gegenwärtig fruchtlosen Grundsatzstreit um die Nato-Mitgliedschaft der Bundesrepublik.

Der Handlungsraum einer wie auch immer definierten rot-grünen Bundestagsmehrheit hinge aber entscheidend davon ab, ob sie einer starken parteipolitisch unabhängigen Friedensbewegung gegenüber rechenschaftspflichtig bliebe, oder ob sich die Bewegung zum wirkungslosen Instrument der Politikberatung degradieren liesse.

Das Verhältnis der Friedensbewegung zu den politischen Parteien darf auch nicht dazu führen, dass durch eine zu starke Fixierung auf SPD und Grüne der wachsende sicherheitspolitische Dissens in den konservativen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen (einschliesslich der Bundeswehr) überspielt würde. Es muss das Ziel bleiben, das Nein zu den Massenvernichtungsmitteln auch in CDU und FDP zu verbreitern und dies zu einem Kriterium der Wählbarkeit von Kandidaten zu machen. Gruppen wie die «Christlichen Demokraten für Schritte zur Abrüstung» leisten hier eine ganz wichtige Arbeit.

Kein Grund zur Häme

Ich habe meine Überlegungen mit einer Kritik an der selektiven Wahrnehmung von Friedensarbeit durch die Medien begonnen. Diese Kritik will ich zum Schluss etwas relativieren. Denn während überregionale Zeitungen sowie Rundfunk und Fernsehen die Friedensbewegung inzwischen weitgehend totschrveigen,

zeugen viele Lokalteile von der Lebendigkeit der Bewegung. Über die Friedenswoche 1984 sind in der Summe kaum weniger Belege zusammengekommen als über frühere Grossdemonstrationen in Bonn. Und nicht selten werden sicherheitspolitische *Argumente* der Friedensbewegung viel ausführlicher auf der Lokalseite referiert, als das nach spektakulären Grossaktionen in den überregionalen Medien der Fall war. Eine Auswertung von Leserbriefdiskussionen in vielen Zeitungen belegt darüber hinaus ebenfalls, wie wichtig es ist, dass «die Friedensbewegung» fassbar wird durch das Handeln von Menschen und Gruppen in ortsbekannten und deshalb nachvollziehbaren sozialen Zusammenhängen.

Die Friedensbewegung hat, wenn sie sich ihrer bleibenden Stärke in den dezentralen Strukturen stärker als bisher bewusst wird, keinerlei Grund, sich durch die oft hämischen Nachrufe in konservativen Kommentarspalten entmutigen oder unter falschen Aktionsdruck setzen zu lassen. Zu ihr gehören viele tausend kleine Gruppen, die stabil genug sind, Enttäuschungen und Rückschläge produktiv zu verarbeiten und auch in Zeiten, in denen ihnen der Wind ins Gesicht bläst, an der Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung beharrlich weiterzuarbeiten.

Der Militarismus entsteht wesentlich aus Angst – aus der Angst vor Gefahr, aus der Abwesenheit eines Glaubens, der diese Angst bannte. Darum ist er immer eine Frucht gottferner und götzendienerischer Zeiten. Darum aber geschieht es auch, dass die militärische Tapferkeit solcher Völker mit unglaublicher Feigheit im bürgerlichen Leben verbunden ist. Das scheinen kommunizierende Röhren zu sein, in denen das Wasser immer gleich hoch steht.

(Leonhard Ragaz, in: NW 1935, S. 58/59)